

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Monatensatz beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Januarhälfte 400.— M. Einzelverkaufspreis 40.— M. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Umliegengebühr beträgt für die aufgestellten Postzettel oder deren Raum 100.— Mark, auswärtige 120.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 90 M., für Reklamen 400.— M. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Ausgabe 6.

Montag, 8. Januar 1923.

30. Jahrgang.

Geforderte Sanktionen?

Paris, 8. Januar.

Zu der heutigen Sitzung der Reparationskommission über die Kohlenfrage wird gemeldet, daß nach den Ausführungen der deutschen Vertreter Wallmuth und Lübben die Kommission ihre Entscheidung entweder sofort füllen, oder eine neue Sitzung auf Dienstag vormittag ansetzen werde. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dann die Kommission mit drei gegen die Stimme des englischen Vertreters zur Feststellung einer absichtlichen Verschöhnung Deutschlands in der Kohlenfrage kommen. Dem "Petit Parisien" zufolge würde in diesem Falle die Durchführung von Sanktionen sehr bald zu erwarten sein.

Gegenüber dem angekündigten Widerspruch des englischen Vertreters Sir John Bradbury, der in der Kommission daran hinstellt, daß die Durchführung von Sanktionen nur nach einem Beschluss der Alliierten und in gemeinsamer Vereinbarung möglich sei, weist die "Information" darauf hin, daß diese Frage bereits im Jahre 1920 von der englischen Regierung der damals Bonar Law angehört, im Sinne Frankreichs entschieden wurde. Die Kommission werde deshalb den englischen Einspruch wahrscheinlich mit Stimmenmehrheit ablehnen und keine weitere Diskussion darüber zulassen.

Die Kommission wird im Laufe der Woche weitere Sitzungen abhalten. Darin sollen die Menge der Kohlen- und Holzlieferungen für 1923 festgesetzt werden, ferner die noch immer unbekannte Reise der deutschen Regierung vom 13. November 1922, in der Deutschland ein Moratorium für zwei Jahre verlangt, erledigt werden. Wenn dieses Moratorium abgelehnt wird, wird der Zahlungspunkt vom Mai 1921 automatisch in Kraft gesetzt, wonach Deutschland am 15. Januar 50 Millionen Goldmark zu zahlen hätte.

Mit großer Vorsicht, die Herrn Poincaré von jeher ausgezeichnet hat, werden in Paris die Sanktionsmaßnahmen vorbereitet. Und trotzdem werden über die Pläne Poincarés Einzelheiten laut, die nach den uns gemachten Mitteilungen durchaus den Absichten der französischen Regierung entsprechen. Der "Neuwerk Harald" meldet z. B., daß sobald der Beschluss der Reparationskommission über die vorjährliche Verschöhnung Deutschlands gefasst ist, die Alliierten zunächst aufgefordert werden sollen, sich an Strafmaßnahmen zu beteiligen. Nachdem das geschahen ist, wird Frankreich vorläufig selbständig zur Bezahlung der Kosten im Rheinlande und der Kohlensteuer schreiten und in jedes Zollamt im Ruhrgebiet und an den Grenzen des Rheinlandes französische Beamte zur Erzielung der 20prozentigen Ausfuhrabgabe einzuladen. Wahrscheinlich in der Nacht vom 15. zum 16. Januar sollen sich die französischen Beamten (ungefähr 5–6000) einschließlich eines Stabes von Ingenieuren, auf die für sie bestimmte Posten in den Forstverwaltungen, Bergwerksdirektionen

und Zollämtern begeben. Zu ihrem persönlichen Schutz wird ungefähr ein französisches Linienregiment aufgeboten, das verstärkt werden soll, sobald irgendwelche Belästigungen der Beamten vorkommen.

Es wird bald Zeit, daß sich die Reichsregierung mit diesen Sanktionsmaßnahmen beschäftigt und die Vorbereitungen trifft, die notwendig sind, um große wirtschaftliche Schäden abzuwenden oder ihnen wenigstens vorzubeugen.

Warnung!

In der Sonntagsausgabe des "Vorwärts" beschäftigt sich Génosse Breitscheid mit dem Bruch der Pariser Konferenz und warnt vor einem Abgleiten in das nationalistische Lager. Breitscheid sagt u. a.:

"Soviel ist sicher: die deutschen Nationalisten haben Grund zu hoffen, daß die französische Rücksichtslosigkeit Wind auf ihre Segel führt. Poincaré erleichtert ihre Agitation. Die Nationalsozialisten und andere französische Verbände könnten ihn zu ihrem Ehrenmitglied ernennen. Die Frage ist nur, wie diese Bewegungen zu einer Lösung der brennenden Probleme gelangen sollen. Sie können dazu beitragen, Deutschland noch tiefer ins Unglück zu stürzen, sie können seine ökonomischen Schwierigkeiten noch ungewöhnlich erhöhen, aber sie vermögen nicht uns ins Freie zu führen. Die Proklamierung des Machtkampfs bleibt doch eine Phrase, wo keine Macht vorhanden ist. Nichts wäre deshalb verfehlter, als wenn die gegenwärtige Regierung oder irgend eine andere den Eindrückungen dieser Kreise nachgäbe, und nichts bedenklicher, als wenn die Sozialdemokratie sich etwa bereitünde, eine Einheitsfront mit ihnen zu bilden. Unsere Abwehr der französischen Ansprüche beruht auf anderen Voraussetzungen, als die der Leute, die noch in den Kriegs- und Kriegsmentalität leben, und wir müssen, von allen Gegenseitigkeiten zu der gegenwärtigen Regierung absehen, uns dieses Unterschiedes auch dann bewußt bleibend, wenn wir mit aller Geschicklichkeit die Übergriffe der französischen Kapitalisten und Imperialisten zurückweisen."

Auch Breitscheid fordert dann mehr Aktivität dieser Regierung, die sich bisher ausschließlich abwartend verhalten hat. Industrie und Landwirtschaft sollen dazu benutzt werden, die in Aussicht gestellten Garantien positiver zu umschreiben und Deutschland soll sich eventuell bereit erklären, die in seinem letzten Vorschlag angeführte Summe entsprechend den englischen und italienischen Kalkulationen zu erhöhen. Diese Auffassung, der wir sofort nach Bruch der Pariser Konferenz Ausdruck gegeben haben, gewinnt übrigens langsam mehr und mehr Anhänger. Auch Georg Bernhard macht den Vorschlag, neu zu verhandeln und den deutschen Vorschlag noch einmal zu prüfen, um Veränderungen der Einzelbestimmungen vorzunehmen.

gewandt, der immer wieder verderblich in die Politik des deutschen Volkes bringe.

Den Rapallo-Vertrag bezeichnete Dr. Wirth als ein Instrument der Verbündigung und der Verbindung zwischen Deutschland und Rußland. Das höchste Ziel der deutschen Politik sei die Gewinnung der nationalen Freiheit und die Sicherung der Rheinlande beim Reich. Er sah auch eine leise Hoffnung auf die Hilfe Amerikas durchdringen, hörte aber auch, daß die amerikanische Politik viel zu langsam vor sich gehe, dann die Verelendung Europas rate im Einzugstempo dahin.

Zwischenfälle in Lausanne.

Lausanne, 7. Januar.

Die Lausanner Konferenz hatte gestern eine kleine Session zu verzeichnen und zwar erfreute sich diese in der Unterkommission für die Winderheiten. Es sprachen zunächst der italienische und englische Delegierte über die Armenierfrage zugunsten der Errichtung einer nationalen Heimstätte für die Armenier. Darauf anschließend wollte der französische Delegierte über die gleiche Frage sprechen. Da erhob sich plötzlich der türkische Delegierte Niza Nouri Bey und erklärte, die armenische Frage sei bereits durch die Türken gelöst und müsse noch weiter darüber gesprochen werden, müßte die türkische Delegation den Saal verlassen. Die Vertreter der Großmächte protestierten sofort gegen eine solche Haltung, und der französische Delegierte begann seine Rede. Da verließ Niza Nouri Bey ostentativ die Sitzung. Es bleibt abzuwarten, welche Antwort die Großmächte auf diese türkische Brüskierung geben werden.

Gleichzeitig tagte heute die Unterkommission für die Kapitulationen, in der der türkische Delegierte Ismed Pascha eine nähere Erklärung über den türkischen Standpunkt in der Kapitulationsfrage abgab. Seine Erklärung gipfelte darin, daß die Türken nach wie vor die Gewährung von Kapitulationen an Ausländer ablehnen und höchstens bereit sind, für die Ausländer ein Personalstatut, wie es für die Winderheiten vorgegeben ist, zu bewilligen. Hierüber sind die Türken bereit, eine internationale Vereinbarung einzugehen. Lord Curzon und Barracca vereidigten alsdann den bekannten Standpunkt der Großmächte und ermahnten die Türken, vor ihrer unbedingten Haftung abzugehen. Die Sitzung wurde abgebrochen.

Dollar 9400.

Neuer Kurs in der Lohnpolitik.

Trotz des Stillstandes in der Geldentwertung von Ende November bis Ende Dezember sind die Lebenshaltungskosten stark gestiegen. Eine Anpassung der Löhne an die steigenden Preise ist deshalb erforderlich, sofern man nicht eine starke Verschlechterung der Lebenshaltung beachtfestigt. Die Anpassung der Löhne an die steigenden Preise im Jahre 1922 war gewiß stets unzureichend. Trotzdem leisteten auch in den Monaten März bis Juni, als die Mark verhältnismäßig stabil war, Regierung und Unternehmer keinen prinzipiellen Widerstand gegen Lohnhöhung.

Unter der Regierung Cuno scheint gerade darin eine entscheidende Wendung eingetreten zu sein. Will man etwa nur auf diesem Gebiete positive Leistungen vollbringen? Der berechtigte Wunsch der Bergarbeiter nach Erhöhung der Löhne begegnet jetzt ebenso heftigem Widerstand als das entsprechende Verlangen der Reichsarbeiter und anderer Arbeitergruppen. Vieles deutet darauf hin, daß dieser Widerstand nicht zufällig zur gleichen Zeit erfolgt, sondern daß er der Ausdruck des Willens einer bestimmten Stelle in der Reichsregierung ist, die hier in Verbindung mit der Industrie einen neuen Kurs in der Lohnpolitik einschlägt. Durchaus zutreffend weist nämlich auch der Bergarbeiterverband auf den Reichswirtschaftsminister Becker als den besonders für die augenblicklichen Schwierigkeiten im Bergbau verantwortlichen hin.

Diese Tatsache zwingt zu einigen allgemeinen Bemerkungen, die die Bedeutung dieser Vorgänge von allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten aus erkennen lassen. Der Beginn dieses Widerstandes des Reiches und der Unternehmer gegen die Anpassung der Löhne an die Geldentwertung reicht bis Anfang Dezember zurück. Also in jene Zeit, in der man mit der Möglichkeit einer Stabilisierung der Mark rechnete. Wie die Absicht der Beseitigung des Achtstundentages, so ist auch die Abneigung gegen die Erhöhung der Geldlöhne die Folge der Neigung, alle Lasten die bei einer Stabilisierung der Mark entstehen könnten, auf die Schultern der Lohn- und Gehaltsempfänger abzumachen. Bei der durch die Preispolitik der Unternehmer hervorgerufenen Unruhe in den Inlandspreisen an die Weltmarktpreise rechnet man mit der Notwendigkeit ihrer Senkung. Durch eine Herabdrückung der Löhne will man sich schadlos halten. Seit Monaten angekündigt, haben deshalb die Unternehmer die geringe Verlangsamung der Preissteigerungen im Monat Dezember benutzt, um, unterstützt von der Regierung Cuno, die Absichten auf Herabdrückung der Löhne durchzuführen.

Doch man sich dabei in erster Linie die Bergarbeiter vorgenommen hat, ist eine besondere Kurzsichtigkeit und bezeugt den völligen Mangel an sozialer und wirtschaftlicher Verständnis. Der Reallohn des Bergarbeiters ist an und für sich bereits sehr stark gesunken, er wird außerdem verspätet ausgezahlt. Der Bergarbeiter muß mit dem Lohn für November, der auf den Teuerungszahlen des Oktobers beruht, den Lebensunterhalt für Dezember bestreiten! Bei dieser Sachlage gefährdet jeder weitere Rückgang des Reallohnes die Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter, erhöht die Gefahr des Rückgangs der gesamten Kohlenproduktion und bedroht somit die allgemeine Wirtschaft.

Aber auch abgesehen von den besonderen Verhältnissen der Bergarbeiter ist die Verweigerung der Erhöhung der Geldlöhne angesichts der ununterbrochenen, schnellen und starken Erhöhung der Preise durchaus unbegründet. Die rasche Geldentwertung der letzten Monate hat den Reallohn von September bis November um mehr als 30 Prozent zurückgehen lassen. Je rascher die Geldentwertung vor sich geht, um so schwieriger wird eben die Erhaltung des Reallohnes. In einer bereits Anfang 1922 erschienenen Schrift "Die Anpassung der Löhne und Gehälter an die Lebenskosten" schreibt der Dresdener Professor Bräuer:

"Die fortwährende Geldentwertung hat nun schrittweise die bisherigen Verhältnisse umgestaltet. Je größer das Maß und je schneller das Tempo der Geldentwertung ist, desto mehr wächst die Neigung der Löhne und Gehälter, hinter dem Maß der Verfeuerung des Lebensmittelunterhalts zurückzubleiben. Aus diesem Grunde lastet den Gehältern und Löhnen ein fortwährender Druck in der Richtung nach der Untergrenze, denn absoluten Existenzminimum zu."

Verweigert man angefischt dieser Lage den Arbeitern die Erhöhung ihrer Geldlöhne, so ist das gleich dem Versuch der erheblichen Herabminderung des Reallohnes.

Nun berufen sich die Unternehmer gern auf das Ausland. Beim Umschwung der Konjunktur seien auch hier die Löhne herabgeleitet worden. Die Tatsache des Lohnabbau im Auslande ist richtig. Er ist jedoch erst erfolgt, nachdem erstens die Lebenshaltungskosten bereits monatelang gesunken waren. Der Lohnabbau folgte also dem Preisabbau, während er nach den Absichten der deutschen Unternehmer dem Preisabbau vorangehen soll. Zweitens ist aber auch in allen valuta starken Ländern die Herabsetzung der Geldlöhne keine Herabsetzung des Reallohnes gewesen. Alle Angaben über die Lohnverhältnisse im Auslande lassen erkennen, daß die fortgesetzten Herabsetzungen der Geldlöhne in den valuta starken Ländern nirgends den Reallohn unter der Vorkriegsstand herabgedrückt hat. Im Gegenteil. Auch nach etwa ein- oder zweijähriger Dauer der Konjunkturveränderungen

war der Reallohn noch überall und zum Teil sehr erheblich höher als vorher.

Es unterliegt deshalb keinem Zweifel, daß die deutsche Arbeiterklasse dem Versuch der Minderung ihres ohnedies erheblich gesunkenen Reallohnes schärfsten Widerstand entgegensezten wird. Verantwortlich für die daraus entstehenden Kämpfe, für die Unruhe im Wirtschaftsleben, für den drohenden Rückgang der Arbeitsleistung der Arbeiter und der deutschen Gesamterzeugung tragen dann aber die Unternehmer und die Regierung Cuno, mit deren Einverständnis anscheinend die Unternehmer diese Kämpfe herauftreibschwören. Wir möchten deshalb rechtzeitig vor den Folgen dieser nur von den Interessen der Unternehmer dictierten Haltung warnen.

Die Stimmung im Ruhr-Revier.

Die Folge einer Besiegung.

Berlin, 5. Januar

Die „Telegraphen-Union“ hat bei den authentischen Stellen des gesamten Ruhrgebietes Nachfragen angestellt, die beweisen, daß man in dem bedrohten Gebiet durchaus die Ruhe bewahrt und ebenso, wie es in den politischen Kreisen in Berlin der Fall ist, erst einmal abwarten will, welche Stellung England und vor allem Amerika, das über die Grundzüge des deutschen Vertrages orientiert sein dürfte, zu der neu geschaffenen Lage nehmen werden. Man betrachtet die Lage trotzdem als äußerst ernst. Wird das französische Programm in der bekanntgewordenen Form durchgeführt, so besteht für das Handgewerbe des Ruhrgebietes die Gefahr, daß ihm ein bedeutender Teil der Geld- und Kapitalumsätze im Revier verloren geht. Währungspolitisch würde die Ausbreitung des französischen Einflusses auf das Ruhrgebiet ohne Zweifel eine empfindliche Einengung des Zirkulationsgebietes der Mark bewirken und damit den Stand auf den tiefsten Punkten herabziehen. Das kostbare Schatzkunststück der Römer

herabtreiben. Die bestmöglichste Erhebung auswärtiger Devisen von der deutschen Industrie des bezeichneten Gebietes muß die Ausfuhr auf einen Bruchteil ihres jetzigen Umlanges herabmindern, wenn nicht ganz aufheben. Durch die Erzielung der Devisen würde der Industrie die Möglichkeit genommen, sich mit den notwendigen Rohstoffen im Auslande einzudecken, da das Reich nicht in der Lage sein wird, die Industrie in der Höhe zu entshüdigen, wie es den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen werde. Die Bezugnahme der Röthe im betroffenen Gebiet und in den wichtigen Zollgebieten im Ruhrgebiet muß nach den Besitzstellungen der Saarverhändigen dieses Bezirks als technisch unmöglich bezeichnet werden, da sie ein gutes Verjagert des Geschäftsbetriebes der Zollverwaltung zur Folge haben würde. Der Zustand handelt füreinheitlich zur vollen Unterbindung. Die Errichtung einer Überwachungskommission über die Tätigkeit des Kohlenkonsortiums müßte den Bereich und die gesamte von der Röthe abhängige deutsche Industrie in vorübergehende Abhängigkeit von Frankreich bringen, das somit wirtschaftliche und politische Ziele verfolgt und erreicht will, wie es im Saargebiet durchgeführt wurde. Der Eingriff in dies Konsortium, als auch die gesamte Kohlenindustrie müssen zu einer Verschärfung der finanziellen Lage des Saargebietes führen. Damit würden nicht allein die Zechen, sondern ganz besonders auch die Arbeiter gefährdet werden, da die ganze Wucht eines Misclages die Finanzen der Zechen trifft und so erneut in diese Rettungsmauer geschobt oder in einer

Es entsteht in einer Sättigung der Siedlungsmittel oder in einer Verteilungssättigung des Söhne und Sohnesföhnen erfüllen müsse. Es mag daher gebeten werden, welche Siedlungsmittel die Arbeiterschaft gegen die beschäftigte Gemeinschaft finden wird. Eins ist klar, daß die Siedlung in großer Ausmaße aufsetzt. Es hat deshalb die Menschen wirtschaftlichen und sozialen Krisen sowohl des Krieges als und infolge späterer Flüchtlingswanderung des Heimatlandes in den ganzen bewohnten Gebietssphären zu betrachten. Die Eisenindustrie des Ruhrgebietes wird die Partei Bedeutung bei ihrer abendländischen künftigen Lage in ihrer Siedlung bedient, die deren Grundlage die unvermeidliche Zunahme der Städte ist. Die beschäftigte Siedlung ist das Ruhrgebiet würde den Erweiterung der gesetzlichen Rechte erweitern und verfehlenden Siedlung perceipieren, damit der Raum für beide Ziele befähigt werde. Die Durchführung der alten Politik wird für die Eisenindustrie des Ruhr ihrer Selbstverständlichkeit bedienen, und dann; wäre auch die gelehrte deutsche Wirklichkeit der Siedlungsförderung ausgelebt, das durch solches der wissenschaftlichen Praktikale und der sozialen wirtschaftlichen Segregation in Europa noch größeres Werk. Man ist in den Wirtschaftsstädten des Ruhrgebietes der alten Wehranwendung, als aus dem ersten alten Frieden, insbesondere des Englands, die Folgen der neuen Hand für Siedlung in ihrer Beziehung mit anderen Dingen und gleicher mit allem, das Menschheit bestimmt erzielbare gute Siedlung tatsächlich erwartet werden wird. Der Regierung in Berlin bietet die neue Siedlung in jeder Beziehung möglichst zu helfen geben, bringt man das Zustandekommen entgegen, es ist die Mensch wirtschaftlich bestreben Lage die notwendige Siedlung bestimmen wird.

Internationale Rundgebung in Süß.

236

831. 6. Jan.

Es ist in Wirklichkeit kein Zweck erzielbar, um
Gesetz zu geben, die einzelne Materialien eine gerechte inter-
nationale Ausbeutung für die Arbeitssparte des Kapitalismus.
Die Einheit der internationalen Wirtschaftsweise, die früher in
der Art der Entwicklung der Industrie verhindert hatten, werden
in einer anderen Form als Leid und Elend mit letzterer
verbunden. Es werden solche Maßnahmen gegen die Unterdrückung
der internationalen Gewerkschaften gehen. Zuerst kommt
die Macht der Arbeit auf die internationale Entwicklung und die
internationale Entwicklung der Arbeit des Menschen soll vom Arbeit-
markt ausgeschlossen. Es ist internationale Gewerkschaften, die unter
der Macht des Arbeitmarktes, der in Europa besteht, nicht ohne ge-
wisse Macht, welche die Gewerkschaften für sich nicht ausreichend
ist. Es ist dies ein sehr großer Fehler ein. (Schweigen) Aber, es ist besser, dass der Arbeitmarkt und
Kapitalist in internationaler Weise nach einer Weltmark-
tum von Wirtschaften und die Entwicklung der Weltmarkte ent-
wickelt. Das ist die Erfahrung der Deutschen Gewerkschaften
und der arbeitnehmerischen Organisationen der Welt. Wenn
es ist, das Kapital soll zur Entwicklung eines internationalen
arbeitsmarktes dienen und dann die Macht der Kapitalist
nicht die Macht der Gewerkschaften haben zu haben. (Schweigen) Da-
mit kann es nicht sein, dass die Gewerkschaften eine Gewerkschaften,
die Gewerkschaften. Sie sind zur Entwicklung der Kapitalistischen
und Gewerkschaftlichen Weltmarkte des internationalen Ge-
werkschaften und Gewerkschaften, lang zurückge-
kehrt.

卷之三

Deutschland darf nicht zugrunde gehen, wir wollen mit dem deutschen Volle in Freundschaft leben. Weiter betonte seine scharfe Gegnerschaft gegen die Bedrückung Deutschland worin die englische Arbeiterschaft vollständig einig sei. Er protestierte gegen die Politik der Illuminaten und bezeichnete es als den größten Wahnsinn, Deutschland zu knechten und dann gewaltige Summen von ihm zu verlangen. Kein Soldat und kein Schiff Englands dürfen dazu benutzt werden, um die beabsichtigten Gewaltpläne gegen Deutschland durchzuführen.

Genosse Alexander Bracke übertrugte in deutscher Sprache die Grüße der französischen Sozialisten. Neue Mittel der Gewalt sollen jetzt den unausführbaren Klauseln des sogenannten Friedensvertrages die Durchführung sicherstellen. Allein die solidarische Verbindung der Arbeiter aller Länder könne den Frieden gewährleisten. Der gemeinsame Feind sei der internationale Kapitalismus. Die französischen Werktäter fühlten sich eins mit den Arbeitern Deutschlands und der ganzen Welt. Am Freitag abend tagten in Paris und Lille gewaltige Versammlungen, um gegen jede Besetzung des Niederrheinischen Gebietes Stellung zu nehmen. (Stürmisches, langanhaltender Beifall.) Am Schlusse brachte Bracke ein Hoch auf die Vereinigte deutsche Sozialdemokratie und die neu erstandene sozialistische Internationale aus. Die Versammlung antwortete mit einem langandauernden Brüll an die französischen Soldaten.

genstand der Verhandlung gemacht werden. Als Zeugen sind geladen worden: Hauptmann v. Kessel aus Hamburg, Oberleutnant v. Grolmann, Staatskommissar Dr. Weizmann, Oberpräsident Noske, General v. Lüttwitz, zurzeit unbekannten Aufenthalts, Kriegsgerichtsrat Meyer, der seinerzeit die Untersuchung gegen Marlow zu führen hatte, Betriebsassistent Dittmann vom Berliner Polizeipräsidium und Referendar Richter Berlin.

Die Verhandlung dürfte sich über mehrere Tage erstrecken, da das Gericht zur Klärstellung der Frage, ob die beiden Angeklagten auf Befehl der vorgesetzten Dienstbehörde handelten, als sie Marlow zur Flucht verholfen, sowohl die Erschießung der 32 Matrosen, als auch die Handlungsweise des Hauptmanns v. Kessel noch einmal eingehend prüfen will.

Das Urteil im Klante-Prozeß.

Drei Jahre Gefängnis für den Hauptangeklagten.

Nach mehr als zweistündiger Beratung fällte Sonnabend abend die Strafkammer das Urteil im Klanteprozeß. Es wurden verurteilt:

Der Angeklagte Max Klante wegen Betruges, gewerbsmäßigen Glücksspiels und Vergehens gegen die Konkursordnung zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren Gefängnis und 105 000 Mark Geldstrafe. Die Untersuchungshaft wird in voller Höhe von einem Jahre drei Monaten angerechnet. Außerdem wird Max Klante zu fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Angeklagte Gerhard Klante wird freigesprochen. Der Angeklagte Hornigk wird wegen Beihilfe zum gewerbsmäßigen Glücksspiel zu drei Monaten Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte Epstein wegen Beihilfe zum Betrug zu vier Monaten Gefängnis unter Anrechnung von sechs Wochen Untersuchungshaft und der Angeklagte Dethleffsen wegen Beihilfe zum gewerbsmäßigen Glücksspiel zu zwei Monaten Gefängnis unter Anrechnung von zwei Wochen Untersuchungshaft, sowie zu 50 000 Mark Geldstrafe. Jedoch wird dieselbe in eine weitere Geldstrafe von 50 000 Mark umgewandelt. — Den Angeklagten Epstein und Hornigk wurden drei Jahre Bewährungsfrist zugeschilligt, jedoch unter der Bedingung, daß Hornigk 100 000 Mark und Epstein 300 000 Mark Buße zahlen. Der Haftbefehl gegen Max Klante wird gegen Stellung einer Kaution von 500 000 Mark aufgehen.

Neuer Skandal in Ingolstadt.

Nus Ingolstadt wird uns geschrieben: Zu einem Theaterstündal kam es am Neujahrstage hier anschlich der Aufführung des Lustspiels von Louis Verneuil. Rechtsradikale Demonstrationen, hauptsächlich aus den Kreisen der hier vor kurzem gegründeten national-sozialistischen Ortsgruppe, hatten sich plamöig im Theater verteilt und sörten durch fortwährendes Färmen während des zweiten Aktes den Gang der Handlung. Als die Tragette der Hauptrolle durch ihr beherztes Auftreten die erbikten Gemüter für einen Augenblick besänftigt hatte, drang eine Rotté von Demonstranten von außen in das Theater ein und erzwang den Abbruch der Vorstellung, die von dem anwesenden städtischen Polizeireferenten Rechtsrat Dr. Hierl geschlossen wurde. Die vorhandenen Polizeikräfte erwiesen sich als zu schwach, um dasandrängen der Demonstranten von außen abzuwehren. Bei der ganzen Sache ist das verwunderliche, warum von allem Anfang an kein größeres Polizeiaufgebot bereitgestellt wurde. Die Sprengung war plamöig vorbereitet. Von dem Führer der Nationalsozialisten war offen aufgerufen worden, den Abbruch der Vorstellung zu erzwingen. Diese Vorbereitungen können der Polizei nicht unbekannt geblieben sein. Wenn trotzdem der Polizeireferent, statt das Theater von den Störenfrieden gewaltsam räumen zu lassen gegen den Widerwuchs des weit aus oröftesten Teiles der Theaterbesucher die Vorstellung schloß, so löst das eigenartige Schluße auf die geistige Einstellung des Polizeichefs zur Demonstration zu. Aber davon ist man in Bayern gewöhnt. Die Demonstranten waren zum größten Teil dieselben, die es verursacht haben, daß das Reich für Ingolstadt 500 000 Goldmark bezahlen mußte.

Zum zweiten Aufenthalte.

Fig. 5. Xantier

Ein ärztlicher Bericht von heute nachmittag stellt fest, daß das subjektive Befinden des Finanzministers Dr. R a s c h i n s i c h g e - b e s s e r t h a t ; die Temperatur beträgt 37,2, der Puls 90. Nichtsdestoweniger ist der Zustand besorgniserregend, denn die Verlebung des Rückenmarks ist immer.

Im Verhör hat der Attentäter S o u p a l angegeben, er sei Anarchokommunist. Er hat bis zum September vorigen Jahres der Kommunistischen Partei angehört, ist dann aber ausgetreten, weil er mit der Taktik der Partei nicht zufrieden war. Er ist offenbar ein Anhänger individueller Aktionen und scheint ganz konfus zu sein. Der Mordanschlag wird denn auch als Einzelfall, als die aus eigenem Willen entsprungene Tat eines konfusen unreifen jungen Menschen betrachtet. Sowal ist 19 Jahre alt.

Nach einer Prager Eco-Meldung soll Soupal als Handlungsgrund bezeichnet haben, daß er das Auftreten des Minister Raschin gegen die Legionäre mißbilligt habe. Die finanziellen Mächte des Ministers, insbesondere seine Steuerpolitik, habe keine Rolle gespielt.

In Prag gab es Demonstrationen vor Zeitungsredaktionen, die Kálochin wegen seiner Haltung gegen die Legionäre angegriffen hatten. An der Börse stiegen die Devisen, weil mit Dr. Kálochin — der Vater der strengen Devisenordnung weggeschossen ist. Trotz Devisenverkaufs des staatlichen Bankamts blieb die Börse

feßt! Ein Aufruf der Regierung sagt, daß der Kurs der alte bleibe und versiegt diese erste Bluttat in einer Nation, die den Umlauf aufhält.

Devisen-Kurse

Devisen-Kurse.

Amflicht Devisennotierung an der Berliner Börse.		6. Januar.	5. Januar.
Amsterdam	1 fl.	3381.52	3441.37
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	548.61	546.13
Kristiania	1 Kr.	1615.95	1655.81
Kopenhagen	1 Kr.	1745.62	1795.50
Stockholm	1 Kr.	2294.25	2354.10
Helsingtors	1 finn. Mk.	207.48	208.47
Rom	1 Lire	428.92	431.41
London	1 £	39550.62	40199.15
New York	1 Doll.	8516.15	8678.25
Paris	1 Frs.	598.50	598.50
Zürich	1 Frs.	1610.96	1625.92
Madrid	1 Pesetas	1381.66	1341.63
Wien	100 Kr.	12.14	12.84
Danzig	1 Kr.	235.55	230.37
Breslau	1 Kr.	235.55	230.37

Freistaat Lübeck.

Montag, 8. Januar.

Die Probe aufs Ewige.

Als das „große Stahlbad“ seine mörderischen Wellen warf, malte man wunderschöne Bilder vom Fortschritt aus allen Gebieten, von kaum zu begreifenden Erforschungen, chemischen Prozessen und physikalischen Wundern an die Wandtafeln, von der sich täglich immer stärkeren Ströme von Blut auf uns herabzulassen. Man sah vor sich das Land der Verhebung, man konnte es beinahe greifen, so plausibel klang dies, was am Triumphen des Menschenstrebens vor uns entrollt wurde.

Und jetzt, wo eine mit dem Glanz des mittleren Daseins mildert lämpfende Menge dieses verheilten Zukunftslands in Besitz nehmen will, gerinnt es wie eine Gata Morgana, bleibt die einst so heiligen Wunder stumm und erinnern sich nicht mehr, was alles sie prophezeit hatten. Da sollte der Wald das Gewand des Menschen biegen, der Strohhelm das Mehl liefern, die schwarze Kohle sich in weißen Zuder wandeln, da wurde die Sandale und der Holzschnürr als „salonschick“ angepreist, da gab es Rezepte für seifloses Baden und den Imperativ „Koch ohne Gas“, da sprangen wie Pilze nach dem Regen Surrogate an allen Türen und Enden empor — Es ist, ganzer, halber, dreiviertel Es ist — nun ja, er war meist auch danach. Und jetzt diese Grässlichkeit in einer Zeit, da Unterernährung und Unbeschleidigkeit das Werk der Vernichtung fortführt, das der Krieg so gründlich begonnen. Nur der Dollar-Klau unterbricht die laufende Stille, heute 7000, morgen 8000, übermorgen 10000 usw. usw. Und der Mann, der dich kleidet, die die Nahrung verkauft, dich belehrt oder ermisst, sieht auf seiner Preisliste den Beiger vergnüglich um die entsprechende Sparte höher; er weiß, du wirst trocken kommen, denn du mußt kommen.

Du hast nun aber den Eigenwillen, nicht zu kommen. Und du erinnerst dich jener Kriegszeitkarten, die alle Tage etwas Neues offenbarten, und sei es auch nur die Verarbeitung des schmierigen Seetangs zu einer süßen Soße. Da, wo sind sie, diese Wunder der Natur und des Wissens? Wäre es dir nicht lieb, jetzt in einen aus Holz hergestellten Anzug zu schlüpfen, der nur so viele hunderte Mark kostet, wie der alte Stoßanzug kostete. Oder, wenn das Holzgewebe in diesem Regenjahr nicht wasserdicht genug sein sollte — wo bleibt der allgemeine Normal-Sackstoffanzug, mit dem einst die Gentis von Neuport wie nicht minder als in Florenz paradierten? Schlechter als dein dreimal gewundenes Wams kann ein solcher quasi „Strümpfanzug“ auch nicht sein. Aber kein Heldenbuch meldet Namen und Adresse des Kaufmanns, und leuchtend heißt du die fast leere Tintenflasche bezw. Kleindes Quantum jetzt 50 Pf. wert!), um dir, falls du Staatsgegenstaeter bist, durch Aufpolieren der fadenscheinigen Stellen des schwarzen Cut wieder ein reservables Airt zu verschaffen. Und wenn der Magen ähnliche Forderungen stellt wie der Körper als Ganzes, wo findest du die Quelle, wo guter Rat für das unvermeidbare Leid geboten wird? Vom Bierdeutschland selbst ist es still geworden, und kein gewissenhafter Feinkosthändler braucht mehr einen Kampf mit sich auszufechten, wie damals, als er für das Hotel zum Beispiel „Rennfleisch“ an die Preistafel kriecht. Nein, heute strohen die Laden von edlen Dingen, von Delikatessen, nur die Preise sind falsch; sie auf ihre Berechtigung einer Prüfung zu unterziehen, scheint aber an Hochverrat zu grenzen.

Doch zurück zu den Erfundenen, Verbesserungen, Umwälzungen usw. Was ist davon geblieben? So wenig, daß man es mit bloßen Augen fast gar nicht sieht. Vielleicht ein Sipuversatz und ein deutscher Tee. Wohl bekom's!

Aho, wie ist es mit der Probe aufs Ewige? Ihr Weisen?

Lübecks Seeschiffahrtsverkehr im Dezember 1922.

Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Landesamtes sind 99 Dampfer und 31 Segler, zusammen 130 Handels-schiffe mit 29989 Reg.-Tons Raumgehalt angelangt und 99 Dampfer und 28 Segler, zusammen 127 Schiffe mit 33343 Netto-Reg.-Tons abgegangen. Der Gelaufverkehr beläuft sich also auf 257 Schiffe mit 63352 Reg.-Tons gegen 309 Schiffe mit 60103 Reg.-Tons im Vormonat und 255 mit 60023 Reg.-Tons im Dezember 1921. Der Zahl der Schiffe nach ist also ein kleiner Rückgang eingetreten, die Tonnage weist aber einen Zugang von über 3000 Reg.-Tons auf. Beladen waren einkommend 75 Schiffe mit 19075 Reg.-Tons und ausgehend 116 Schiffe mit 22807 Reg.-Tons. Dem Raumgehalt nach boten in der Einfuhr 63,6 (1921: 67,8) v. H. und in der Ausfuhr 71,3 (65,8) v. H. der Schiffe Ladung, 72 Schiffe mit 14820 Reg.-Tons verkehrten mit deutschen Hafenplätzen, 24 mit 8060 Reg.-Tons mit Finnland, 80 mit 22407 Reg.-Tons mit Schweden, 8 mit 3492 Reg.-Tons mit Norwegen, 60 mit 3489 Reg.-Tons mit Dänemark. Von dem bestimmten Raumgehalt des Schiffsverkehrs entfielen auf die deutsche Flagge 54,1 und auf die schwedische 14,9 %. Unter den ausländischen Flaggen war die schwedische mit 20,8 v. H. des Gesamtverkehrs am stärksten vertreten. Der Güterumschlag betrug 53725 (50955) Tonnen, hierzu kamen auf die Einfuhr 25143 und auf die Ausfuhr 28582 Tonnen. Unter den eingeführten Warenmengen standen Erze mit 10563 Tonnen an erster Stelle. Dann folgten Kohlen mit 6691 Tonnen, Holz mit 2723 Tonnen und andere Baustoffe mit 2365 Tonnen. Die Hauptausfuhr bestand wiederum in fertigen Industrieraumzeugen und in Stein- und anderen Salzen, sowie in Kohlen. Der Güteraus- tausch mit den hauptsächlichen Verkehrspunkten verteilt sich folgendermaßen:

	einkommend	ausgehend
To.	To.	To.
deutsche Häfenplätze	9790	624
Finnland	1526	5469
Schweden	6506	15453
Dänemark	904	4073

Bon Spanien wurden 4977 und von Memel 1279 Tonnen Güter angebracht, während nach Norwegen 1641 und nach England 1120 Tonnen verschifft wurden.

Die Erhöhung der Postgebühren.

Der Reichstagsausschuß für Postangelegenheiten beschäftigte sich mit den neuen Gebührenverhältnissen bei der Reichspost und Telegraphenverwaltung, die am 15. Januar in Kraft treten sollen. Ein allgemeines wurde von der Reichspostverwaltung eine Verdopplung der vom 15. Dezember 1922 an gültigen Gebühren verlangt.

Das Porto der Postkarte soll betragen: im Ortsverkehr 10 Mark, im Fernverkehr 25 Mark; für den Brief: im Ortsverkehr bis 20 Gramm 20 Mark, über 20 Gramm bis 100 Gramm 30 Mark, über 100 bis 250 Gramm 50 Mark; im Fernverkehr bis 20 Gramm 50 Mark, über 20 bis 100 Gramm 20 Mark, über 100 bis 250 Gramm 90 Mark; die Drucksache soll kosten: bis 25 Gramm 10 Mark, über 25 bis 50 Gramm 20

Mark, über 50 bis 100 Gramm 30 Mark, über 100 bis 250 Gramm 50 Mark, über 250 bis 500 Gramm 70 Mark, über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 90 Mark, über 1 Kilogramm bis 2 Kilogramm 180 Mark.

Eine Abweichung von der Verdopplung des Portos findet sich beim Paketverkehr, hier ist der seit dem 15. November 1922 bestehende Tarifaufbau, wonach die Gebühr für die über fünf Kilogramm schweren Pakete von Kilogramm zu Kilogramm gesteigert wird, beibehalten worden. Dagegen zeigt der neue Pakettarif insofern eine wichtige Neuerung, als eine Vorspur für Pakete bis zum Gewicht von drei Kilogramm mit einem entsprechend niedrigen Gebührensatz vorgesehen ist. Diese Änderung entspricht wiederum den gewünschten Wünschen aus Geschäfts- und Handelskreisen, die eine Verbilligung des Paketversandes für kleine oder leichte Waren für dringend erforderlich halten.

Reichstagsabg. Gen. Röger-Rostoc

spricht in der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins am Dienstag, dem 9. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus

über:

Die politische Lage.

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Spitzenzettel von Lübeck aus. In norwegischen und schwedischen Zeitungen wird berichtet, daß ein Redaktionsmitglied der Zeitung „Tidens Tegn“ eine Entdeckungstour nach Deutschland unternommen habe, um die Quellen des Spritschmuggels zu entdecken. Dieser Entdecker soll angeblich sein, daß der Sprit von Hamburg geliefert wird und daß Lübeck den Verschiffungsort bildet. Kleine Schnellfahrende Fahrzeuge oder Fischerboote führen die Ware aus. Ein Oberfelsner ist in einem Café spielt die Bremse des Vermittlers. Die Spritlieferanten hielten sich in einem kleinen Lokal am Hafen auf, wo die Lieferungsverträge unterzeichnet würden. Der norwegische Zeitungsmann weißt auch darauf, daß ihm ein Schnellfahrendes Fahrzeug zum Sammelpunkt angeboten werden sei, das 25 Knoten laufe und 30000 Liter Sprit laden könnte. (?) Das zurzeit von fast allen deutschen Ölfeilen ein schwunghafter geheimer Handel mit Sprit nach Norwegen im Ganzen ist, ist zweifellos richtig. Ungefähr ist deshalb aber auch, daß Lübeck zugleich der einzige Spritausfuhrhafen ist. Reichs- und Staatsbehörden haben sich bereits mit dieser Angelegenheit befagt, und an der am Dienstag in Berlin in der Sache des Spritschmuggels stattfindenden Konferenz nimmt auch, wie die hiesige Presse berichtet, ein Vertreter Lübecks teil. — Wie uns mitgeteilt wurde, hat sich vor etwa vierzehn Tagen am Hafenseiten eine Schmuggel resp. Diebstahlsgeschichte zugestochen. Matrosen eines Tuglers bohrten unter Mitwissen von zwei Polizeimännern ein Spritloch an. Sie gaben dem einen Beamten etwa 20000 Mark Bezeichnungsgeld, der wiederum einem zweiten Beamten 5000 Mark schob. Als die Sache ruchbar wurde, zog sich der zweite Beamte die Pulsader zu durchschneiden. Er wurde ins Krankenhaus geschafft, befindet sich aber auf dem Wege der Heilung.

26000 Mark für ein 20-Markstück zahlt jetzt die Reichsbank und Post. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsbillets erfolgt unverändert bis auf weiteres zum 600fachen Betrage des Nominalwertes.

Mietbedürftige. Das Wohlfahrtsamt gibt auf Antrag Mietbedürftiger an Kleinrentner, erwerbsunfähige Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Rentenempfänger aus der Sozialversicherung. Es kommt aber nur Personengruppen in Frage, die ohnedem beim Wohlfahrtsamt in Fürsorge stehen. Die Beihilfe kann bei ganz alleinstehenden Personen bis zu 1/3 der Miete gehen. Sind im Erwerb lebhafte Angehörige vorhanden, so vermindert sich die Beihilfe entsprechend. Sind Räume der Wohnung möglicherweise vermietet oder ist die Wohnung so groß, daß der Wohnungsinhaber, wenn er wollte, einen Teil vermieten könnte, so wird die Beihilfe regelmäßig nicht gewährt, weil die erhöhte Miete in diesem Falle an einen Unternehmer abgewälzt werden kann. Die Anträge sind bei den einzelnen Fürsorgestellen im Wohlfahrtsamt zu stellen; für Kleinrentner Zimmer 21, werktags von 8—12 Uhr, außer Dienstags und Donnerstags.

pb. Eisenfischer. Freitag abend wurden zwei Arbeiter angehalten, als sie mit einem Bleiwagen durch die Johannisstraße fuhren. Der Wagen war mit Eisenbruch beladen, worunter sich eine vollständige Kuppelung für Eisenbahnwagen befand. Sie wollen dieses Eisen irgendwo am Hafen gefunden haben. Die Arbeiter sind Söhne einer an der Wafencmayer wohnhaften Lübeckerin, die in letzter Zeit für über 20000 Mark Metall und Eisenbruch an Großhändler verkauft hatte, ohne diese Anläufe wie dergestrichen, in ihr Ladengeschäft einzutragen. Die beiden Angeklagten wurden festgenommen; gegen die Mutter ist Anzeige wegen gewerbsmäßiger Habserei erstattet.

pb. Sieb und Treu. Festgenommen wurde eine Ehefrau aus Süsel wegen Diebstahls. Sie hatte mit einem Freunde eine sogenannte Biertröhre gemacht, in dessen Verlauf dem Freunde ein wertvoller Mantelring gefallen wurde. Diesen Ring geklöppelt zu haben, steht die Angeklagte in dringendem Verdacht.

pb. Diebstähle. Einem hiesigen Kaufmann sind eine größere Menge Bierdeckelkästen, Kreuzlöffel, Fledermausdecken, Güte, Hälften und ein Kutschermantel gestohlen. — Von einem Haus in den Mühlentorstraße ist ein Fahrrad Marke „Kubusta“ gestohlen worden. — Aus einer hiesigen Wollstube wurden 10 Halsvorhänge gestohlen. — In Süsel wurden vor einer Wirtschaft zwei Fahrräder gestohlen.

pb. Was beim Güterverkauf verdient werden kann. Festgenommen wurde ein 55jähriger Müller aus der Brodesstraße und in der Kronsborner-Allee wohnhafter Müller, die einen Güterschiff aus Oldenburg um 1300000 Mark betrogen hatten. Sie hatten es verstanden, den Beträgen auf eine Handelsfirma zu führen, die nach ihrer Angabe verkaufen sollte und zu welchem Verkauf sie den Auftrag vom Besitzer erhalten hatten. Der Besitzer aber hatte weder den Besitzer des betr. Grundstücks den Auftrag zum Verkauf erteilt, noch hatte er überhaupt die Absicht, dasselbe zu verkaufen. Die Festgenommenen hatten die Provision für den sogenannten Verkauf des Grundstücks die genannte Summe erhalten, die sie sich teils

pb. Festgenommen wurde ein Konditorlehrling, der in einem kleinen Kaffee-Gebäude mehrere Sachen gestohlen hatte. Als Lehrer konnte ein an der Unterstrasse wohnhafter Bäcker festgestellt werden, der ebenfalls in Haft genommen wurde. Ein Teil des Diebesgutes konnte wieder herbeigeschafft werden.

pb. Wegen Diebstahls von 19 Bettwäschen im Werte von 30000 Mark von einem Lagerplatz an der Wielandstraße gerieten zwei in der Wielandstraße wohnhafte Arbeiter in Haft. Sie waren mit einem Boot nach dem hiesigen Lagerplatz übergesetzt, hatten die Bet-

ter nach einem Versteck unter einer Brücke gebracht. Dort lonten die Diebe beim Abholen abgesetzt und festgenommen werden. — Festgenommen wurde ein hiesiger Hafenarbeiter, der geständig und überführt ist, aus den zur Verladung gesammelten Schiffsgütern verschiedene Sachen gestohlen zu haben. — Des weiteren gelang die Festnahme eines Händlers aus Hassendorf, der einen briefigen Gastwirt um eine Zeche betrogen hatte. Außerdem wurde bei dem Festgenommenen ein Rad vorgefunden, dessen Herkunft er nicht nachweisen kann. Das Rad trägt die Marke „Patria“ und die Fabriknummer 9773 H.

pb. Wegen Fleischdichtstahls wurden zwei Handarbeiter festgenommen. Beim Dachstoffsieren stellte sich heraus, daß sie falsche Namen angegeben hatten. — In der Nacht zum 7. d. M. wurden aus einem Konti-Kontorengeschäft in der Königstraße mittels Einbruchs größere Mengen Schokolade, Marzipan und 2 Flaschen Rum gestohlen.

pb. Ein Schwein gestohlen. In der Nacht zum 7. d. M. wurde ein Landmirt aus Hassendorf mittels Einbruchs aus seinem Stalle ein 3½ Zentner schweres Schwein gestohlen, das die Täter am Tatort abgeschlachtet haben.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Betriebsräte! Wiederbeginn des Unterrichts über das Betriebsrätegesetz (Arbeitsgemeinschaft Dreger) morgen Dienstag, dem 9. Januar.

Stadttheater. Dienstagabend zum letzten Mal prinzessin Hütchewind, abends: Die Großstadtklit. Am Mittwoch Abend wird Franz Werfels Boettigklong wiederholt. Am Schauspiel befindet sich in Vorbereitung: Vomtamt von Tagore, Kater Lampe von Rosenow. Das goldene Blatt von Grillparzer. In der Oper: Wallfahrt mit Gästen, Der Prophet, Die Meistersinger.

Lübecker Geflügel-Ausstellung. Noch nach acht Tage trennen uns von der diesjährigen am 13. und 14. Januar in den Räumen des Rathauses Friedrichs Hof, Schwartzauer Allee 111, vom Verein zur Förderung der Geflügelzucht Lübeck veranstalteten Geflügel-Ausstellung. Die Ausstellungen hierzu gehen wider Erwarten zahlreich ein und kann schon heute auf ein volles Gefüge der Veranstaltung gerechnet werden. Um nun allen den Besuch der Ausstellung zu ermöglichen und da es sich um eine Ausstellung im volkswirtschaftlichen Interesse handelt, ist das Eintrittsgeld äußerst niedrig festgesetzt worden.

Angrenzende Gebiete.

Stadtteil. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Dienstag, dem 9. Januar statt. Das Erscheinen der Genossinnen und Genossen ist notwendig.

Hamburg. Frauen als Schöffen und Geschworene. In diesem Jahre können zum ersten Male auch weibliche Personen des Volksrichteramt versetzen. Bei dieser Möglichkeit ist in Hamburg in beträchtlichem Umfang Gebrauch gemacht worden. Der von der Bürgerschaft erwählte Ausschuß für die Festsetzung der Urteile hat alle Frauen, die sich auf Grund der in der Tagespresse erschienenen Aufrüttung bei keinen Mitgliedern gemeldet hatten, berücksichtigt. Infolgedessen sind für das Jahr 1923 371 Frauen als Schöffen, das ist etwa ein Viertel aller Schöffen, und 176 Frauen als Geschworene, das sind etwa 12 v. H. bestimmt worden. Die weiblichen Schöffen werden sämtlich in diesem Jahre zu Sitzungen herangezogen werden. Aus der Liste der Geschworenen findet eine Auslese durch das Landgericht statt. Unter den ausgewählten Personen befinden sich 14 Frauen, die zu Hauptgeschworenen, und 18, die zu Hilfeschworenen bestimmt worden sind. Eine gewisse Klappe haben diese allerdings noch zu untersuchen, daß vor jeder Schwurgerichtsverhandlung Staatsanwalt und Verteidiger die Möglichkeit haben, von den 36 ausgelosten Geschworenen 18 abzulehnen. — Und in Lübeck?

Kiel. Kundgebung für den Völkerfrieden. Zu einer gewaltigen Kundgebung kam es am Freitag abend im Kiel Gewerkschaftshaus. Redner war der Vertreter der dänischen Bruderpartei, Genosse Braunsbaeck aus Kopenhagen. In überzeugenden Worten forderte dieser die verfehlte Politik der Machthaber der Entente und hoffte dem gegenüber die internationale Solidarität der Völker. Die Genossin Juchacz vom Parteivorstand in Berlin nahm Begeisterung, den dänischen Geistlichen für die Hilfswerk an den deutschen Frauen und Kindern zu danken. Für die deutschen Gewerkschaften sprach Genosse Knoll vom Vorstand des ADGB, der als eine Voraussetzung für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens eine Revision des Verfaßter Vertrages forderte. Genosse Edvard Uller wies auf die Täglichkeit der deutschen Sozialdemokratie hin und forderte zum geschlossenen Zusammengehen auf.

Oldenburg. Der Landtag tritt am Dienstag, dem 23. d. M. zusammen. Da außer dem Staat, dem Arbeitnehmer-Kammer-Entwurf, dem Pferdezuchtgesetz, voraussichtlich nur noch eine geringe Anzahl Vorlagen dem Landtag zugehen werden, so ist damit zu rechnen, daß die Arbeiten bis spätestens Ende Mai oder Juni die Neuwahlzeit einholen werden. Der Landtag hat u. a. auch das Präsidium neu zu wählen. Bislang stellte die Deutsche Volkspartei als stärkste Fraktion im Landtag den Präsidienten. In diesem Verhältnis ist nunmehr insofern eine Änderung eingetreten, als durch die Vereinigung der Mehrheitssozialdemokratie mit der unabhängigen Partei die Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei die größte Fraktion im Landtag ist.

Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften an der Jahreswende. Das abschließende Jahr war für die Gewerkschaftsbewegung reich an inneren und äußeren Kämpfen. Nach ihnen hatten die Gewerkschaften den Versuch abzuwehren, der von Moskau aus unternommen worden ist, die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung vor den verschworenen Karren der russischen Politik zu ziehen. Der vielzweck mit gewalttätigen Mitteln gemachte Versuch ist an der straffen inneren Struktur der deutschen Gewerkschaften gescheitert. In anderen Ländern, in Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei, hatten die Gewerkschaften mehr Erfolg. Doch auch diese Erfolge können nicht von Dauer sein, weil die Arbeiterbewegung jedes Landes mit den wirtschaftlichen Verhältnissen und Methoden geführt hat und nicht nach russischen Bedürfnissen und Methoden geführt werden kann. Der Marxist und die damit verbundene Steigerung des Lebenshaltungsstandards hat den Gewerkschaften ungeheure Kämpfe aufgerufen. Obwohl wir nach keinen Überblick über die Gewerkschaftsbeweg

hatten wie im Jahre 1922. Nach der wächstlichen Statistik über die Lohnbewegungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes standen bei diesem im Jahresdurchschnitt täglich 58 000 Mitglieder in einer Lohnbewegung und 6277 im Streik. Wenn wir diese Zahl für die gesamten Gewerkschaften entsprechend der Mitgliederzahl des Holzarbeiterverbandes mit 20 multiplizieren, so würden dann im Durchschnitt täglich 1 180 000 Gewerkschaftsmitglieder in einer Lohnbewegung und über 120 000 im Streik gestanden haben. Nur wer die ungeheure Arbeitsleistung, die mit diesen Lohnbewegungen und Streiks verbunden ist, aus der Brasis kennt, kann ermessen, in welchem Maße alle Kräfte der Gewerkschaften angespannt waren, um die unheilsollen Wirkungen der Leitung mit den gegebenen Mitteln abzuwehren. Man kann dennoch auch ermessen, in welcher ungemeiner Verelendung die deutsche Arbeiterschaft sich heute befinden würde, wenn sie nicht in den freien Gewerkschaften eine mächtige Waffe der Verteidigung besäße. Man kann daran aber auch ermessen, wie verherrlich die Heze ist, die von kommunistischer Seite gegen die Gewerkschaften getrieben wird, die man nicht anders bezeichnen kann als ein Attentat auf die Lebensinteressen der Arbeiterschaft. Gleichzeitig mit dieser Abwertung halten die Gewerkschaften eine Überfülle von Aufgaben zu lösen, die ihnen die Neuordnung der sozialen und politischen Zustände im Deutschen Reich und die internationalen Verhältnisse, wie sie der Vertrag von Versailles geschaffen hat, übertragen haben. Die Gewerkschaften lösen gleichzeitig die Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs zu bearbeiten und einen Sieg entgegenzuführen. Die unvergleichlich größere Machtstellung der Gewerkschaften im Verhältnis zur Kriegszeit haben zugleich neue Aufgaben gestellt und sie mit der Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands belastet. Die zwangsläufige Situation, die sich aus dem Vertrage von Versailles ergibt, hat sie aber behindert, diese Fragen zu bewältigen und zu lösen, wie sie unter normalen Verhältnissen beabsichtigt und gelöst werden könnten und müssten. Unsere ganze Wirtschaft wird durch Sämtliche von dem Fieber der Inflation. Die Gewerkschaften müssen darauf bedacht sein, daß die nachteiligen Folgen dieser Krankheitserziehung nicht ausschließlich von der Arbeiterschaft getragen werden. Sie müssen unermüdlich nach ihren und ihren Männern, um einen Schuhputz sprach erneut. Das Ergebnis dieser erforderlichen Türgeschlossenheit sowie nicht anders als unbedingt erforderlich ist, wichtigen unbedingt mit den Gewerkschaften. Aber wir dürfen sie vergeben, daß wir uns in einer gefährlichen Uebergangsperiode befinden, in einer Periode des Friedens und des Kampfes, die die große Opfer für die Komponenten ist. Die wirtschaftliche und politische Freiheit liegt in die Schwierigkeiten zurück zu rufen und zu erhöhen die Errungenschaften der letzten Jahre und zu erhöhen Niveau des in Zukunft erwarteten Lebensniveaus der Arbeiterschaft wieder zugesetzt zu machen. Das zahlenmäßig

Umwachsen der Gewerkschaften und die zunehmende innere Festigkeit ist eine Gewöhnung dafür, daß die deutsche Arbeiterschaft in Zukunft die gesetzliche Bedeutung und die Tragik der gegenwärtigen Kämpfe erfaßt hat. Es gilt heute mehr als je, in unverblümter Treue und Festigkeit zu den Organisationen und Einrichtungen der Arbeiterschaft zu stehen. Das neue Jahr wird vielleicht in noch größerem Maße als das abgelaufene ein Jahr der Kämpfe sein. Aber im Kampf allein liegt die Hoffnung, und der Aufstieg der Arbeiterschaft ist bedingt durch das solidarische Zusammenleben in ihren Organisationen. Zu der Treue zu ihrer eigenen Vergangenheit, zu ihren Aufgaben und Zielen, zu ihren Organisationen und Traditionen liegt die Gewürze des Sieges der Arbeiterschaft.

Die deutschen Arbeiterlöhne. Wenn die Unternehmer der vaterlandskreisenden Länder, in England, in Holland, der Schweiz usw. auf die niedrigen Löhne in Deutschland verweisen bei der Behandlung der Lohnforderungen ihrer Arbeiter, so läßt sich dies vom Standpunkt ihrer Lohnpolitik aus leicht befreien. Es gab eine Zeit, und sie liegt nicht allzu weit hinter uns, in der die österreichischen Unternehmer darauf verwiesen konnten, daß billiger noch als der deutsche Arbeiter der österreichische Arbeiter sei. Sie haben es wohlweislich unterlassen, da schon bei der verhältnismäßig geringen Zahl der österreichischen Industriearbeiter deren Löhne den deutschen Arbeitsmarkt nicht merklich beeinflussen können. Das Blatt hat sich gewendet. Die österreichischen Unternehmer greifen bis zum Frühjahr 1922 nie von den Löhnen der deutschen Arbeiter. Nun aber, da infolge des neuen Erfolgs der Welt die deutschen Arbeiterlöhne in vielen Industriezweigen unter das österreichische Niveau herabgegangen sind, weisen die österreichischen Unternehmer Niedrig auf die niedrigeren Löhne in Deutschland hin, die sie der österreichische Arbeiter jetzt auch gefallen lassen müssen damit die Produktion in Österreich nicht ins Stocken gerate, die abzieht mit größeren Schwierigkeiten zu rechnen habe, als die deutsche Industrie. Und in der Tat! — ginge es so weiter, denn möglicherweise wider Willen zum Schmuckfunktionen eines österreichischen Kollegen herabläufen. Schon jetzt stellt die Wiener "Arbeiter-Zeitung" fest: „Die Tatsache, daß Deutschland wohlfreiter produziert als wir, legt unsere Werke still, sie macht unsere Arbeiter und Angestellten arbeitslos...“. Trotzdem ist die Trennung der österreichischen Unternehmer, die Löhne ihrer Arbeiter auf das deutsche Niveau herabzusetzen, total verfehlt. Das Verhältnis zwischen der österreichischen Krone und der Kaufkraft der österreichischen Krone ist ein ganz anderes als der Kurs der deutschen Mark in Kronen oder der Krone in Mark.“ Der deutschösterreichische Arbeiter mit einem nach dem Marktwert umgerechneten Lohn in Kronen kann einfach nicht existieren. Da Wirklichkeit ist der Reallohn des deutschen Arbeiters immerhin noch höher als der jenes österreichischen Kol-

leges. Da nach dem Tagessatz berechnet in Europa nur die Löhne in Sowjetrußland noch niedriger sind als die Löhne in Deutschland, müßten wir die Industrien aller übrigen Länder ruinieren. Aber auch bei schwindiger Wirtschaftszeit können wir das nicht schaffen. Die Unternehmer in Österreich hüten sich, auf die näher liegenden Löhne in der Tschechoslowakei zu verweisen, da diese viel höher sind als in Österreich. Von den höchsten Löhnen in den übrigen Ländern ist fast recht nicht bei ihnen die Rede. Solche Unternehmenspraktiken sind nicht neu und die Arbeiterschaft ist nicht mehr dummi genug, darauf hereinzufallen. Immerhin zeigt uns dieses Beispiel, daß es sowohl eine Pflicht der Selbstbehaltung für die deutsche Arbeiterschaft ist, wie ein Gebot der internationale Solidarität, dafür zu sorgen, daß sie nicht auf die Kulturschaffung, auf der sie untere Wirtschaftspolitiker von Stütze bis herab zum ehemaligen Handwerksmeister bringen möchten, wozu ihnen die Befestigung des Arbeitstages als das geeignete Mittel erscheint, außer der Verweigerung bei notwendigen Lohnzulagen — aus außenpolitischen Gründen.

Aus aller Welt.

Korbmord im Freistaat Lippe. Aus Detmold wird gemeldet: In einem Gehölz bei Böingfeld im lippischen Norden wurde während einer Treibjagd die furchtbar zugerichtete Leiche eines jungen Mannes gefunden, der zwei Tage zuvor dort ermordet worden war. Der Tote wurde als der Wenderarbeiter Joseph Dörenkamp aus dem Bergischen ermittelt. Er war in Begleitung und wahrscheinlich auf Anforderung eines Arbeitskollegen namens Reinecke von den im Ruhrgebiet gelegenen Altenborner Steinwerken nach Lippe gekommen. Auf einem Fußweg hat Reinecke mit einem Militärseitengewehr seinen Begleiter niedergestochen und seinem Opfer auch noch die Kehle durchschnitten. Nach der Tat plünderte der Mörder den Toten aus. Während Dörenkamp aber das Geld in der Brusttasche verwahrte, hatte er die leere Lohnbüste achtlos in die Tasche gekettet, wo sie von dem Mörder bei der Beraubung nicht gefunden wurde, da er sie sonst wohl ohne Zweifel vernichtet hätte. So führte der Firmenaufturd auf der Tute die Behörden auf die richtige Spur. R. leugnet die entsetzliche Tat zwar noch, da aber bei ihm verschoben dem Toten gehörende Gegenstände entdeckt wurden, so ist an seiner Schuld nicht zu zweifeln.

Berantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lippe und Teile davon Hermann Bauer; für Interate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., lärmlich in Lübeck.

Amtlicher Teil.

Verordnung

betrifft die Meldepflicht von Fehlgeburten.

Am Rande des Schriftstückes sind Neben-
ziffern durch 2 Zeichen dem Gewindeteil
der Schraube hinzugefügt zu finden.

Die Meldepflicht darf enthalten den Namen
und die Adresse der Schrauben sowie den Zeit-
punkt der Fertigung.

R. 2.
Auf Schrauben sind verdeckt: Name, Gewin-
deart, Spannungsdimension oder andere etwa
zu öffentlichen Kenntnisse verliebene Verhüllungen.

R. 3.
R. 3. Schrauben die seit dem 1. Januar 1922
die auf Briefbeschreibung der Verordnung erfolgt
sind, sind unverdeckt und freiwillig zur Meldepflicht
zu befürworten.

R. 4.
Ausschließungen gegen die vorherigen
Vorordnungen werden mit Goldstrafe bis zu 1500
Mark bzw. Gef. bis zu 14 Tagen befreit.
Gef. vom 6. Januar 1922. — 11622

Das Gesundheitsamt.

Gefangenmachung.

Im Bereich des Bezirks vom 20. zum
21. Januar 1922 ist im Range von Friedens-
gerichten erzielten Strafvollstreckungen, wird
verbürgt, daß während der Strafvollstreckung, daß
die Ausführung durchgeführt.

am Freitag, dem 2. Februar 1923,
beginnend 10 Uhr

auf dem Platz des Friedensplatzes 30-32
gegen folgende Personen: 1. R. 2. R. 3. R. 4.
R. 5. R. 6. R. 7. R. 8. R. 9. R. 10. R. 11. R. 12.
R. 13. R. 14. R. 15. R. 16. R. 17. R. 18. R. 19. R. 20.
R. 21. R. 22. R. 23. R. 24. R. 25. R. 26. R. 27. R. 28.
R. 29. R. 30. R. 31. R. 32. R. 33. R. 34. R. 35. R. 36.
R. 37. R. 38. R. 39. R. 40. R. 41. R. 42. R. 43. R. 44.
R. 45. R. 46. R. 47. R. 48. R. 49. R. 50. R. 51. R. 52.
R. 53. R. 54. R. 55. R. 56. R. 57. R. 58. R. 59. R. 60.
R. 61. R. 62. R. 63. R. 64. R. 65. R. 66. R. 67. R. 68.
R. 69. R. 70. R. 71. R. 72. R. 73. R. 74. R. 75. R. 76.
R. 77. R. 78. R. 79. R. 80. R. 81. R. 82. R. 83. R. 84.
R. 85. R. 86. R. 87. R. 88. R. 89. R. 90. R. 91. R. 92.
R. 93. R. 94. R. 95. R. 96. R. 97. R. 98. R. 99. R. 100.
R. 101. R. 102. R. 103. R. 104. R. 105. R. 106. R. 107.
R. 108. R. 109. R. 110. R. 111. R. 112. R. 113. R. 114.
R. 115. R. 116. R. 117. R. 118. R. 119. R. 120. R. 121.
R. 122. R. 123. R. 124. R. 125. R. 126. R. 127. R. 128.
R. 129. R. 130. R. 131. R. 132. R. 133. R. 134. R. 135.
R. 136. R. 137. R. 138. R. 139. R. 140. R. 141. R. 142.
R. 143. R. 144. R. 145. R. 146. R. 147. R. 148. R. 149.
R. 150. R. 151. R. 152. R. 153. R. 154. R. 155. R. 156.
R. 157. R. 158. R. 159. R. 160. R. 161. R. 162. R. 163.
R. 164. R. 165. R. 166. R. 167. R. 168. R. 169. R. 170.
R. 171. R. 172. R. 173. R. 174. R. 175. R. 176. R. 177.
R. 178. R. 179. R. 180. R. 181. R. 182. R. 183. R. 184.
R. 185. R. 186. R. 187. R. 188. R. 189. R. 190. R. 191.
R. 192. R. 193. R. 194. R. 195. R. 196. R. 197. R. 198.
R. 199. R. 200. R. 201. R. 202. R. 203. R. 204. R. 205.
R. 206. R. 207. R. 208. R. 209. R. 210. R. 211. R. 212.
R. 213. R. 214. R. 215. R. 216. R. 217. R. 218. R. 219.
R. 220. R. 221. R. 222. R. 223. R. 224. R. 225. R. 226.
R. 227. R. 228. R. 229. R. 230. R. 231. R. 232. R. 233.
R. 234. R. 235. R. 236. R. 237. R. 238. R. 239. R. 240.
R. 241. R. 242. R. 243. R. 244. R. 245. R. 246. R. 247.
R. 248. R. 249. R. 250. R. 251. R. 252. R. 253. R. 254.
R. 255. R. 256. R. 257. R. 258. R. 259. R. 260. R. 261.
R. 262. R. 263. R. 264. R. 265. R. 266. R. 267. R. 268.
R. 269. R. 270. R. 271. R. 272. R. 273. R. 274. R. 275.
R. 276. R. 277. R. 278. R. 279. R. 280. R. 281. R. 282.
R. 283. R. 284. R. 285. R. 286. R. 287. R. 288. R. 289.
R. 290. R. 291. R. 292. R. 293. R. 294. R. 295. R. 296.
R. 297. R. 298. R. 299. R. 300. R. 301. R. 302. R. 303.
R. 304. R. 305. R. 306. R. 307. R. 308. R. 309. R. 310.
R. 311. R. 312. R. 313. R. 314. R. 315. R. 316. R. 317.
R. 318. R. 319. R. 320. R. 321. R. 322. R. 323. R. 324.
R. 325. R. 326. R. 327. R. 328. R. 329. R. 330. R. 331.
R. 332. R. 333. R. 334. R. 335. R. 336. R. 337. R. 338.
R. 339. R. 340. R. 341. R. 342. R. 343. R. 344. R. 345.
R. 346. R. 347. R. 348. R. 349. R. 350. R. 351. R. 352.
R. 353. R. 354. R. 355. R. 356. R. 357. R. 358. R. 359.
R. 360. R. 361. R. 362. R. 363. R. 364. R. 365. R. 366.
R. 367. R. 368. R. 369. R. 370. R. 371. R. 372. R. 373.
R. 374. R. 375. R. 376. R. 377. R. 378. R. 379. R. 380.
R. 381. R. 382. R. 383. R. 384. R. 385. R. 386. R. 387.
R. 388. R. 389. R. 390. R. 391. R. 392. R. 393. R. 394.
R. 395. R. 396. R. 397. R. 398. R. 399. R. 400. R. 401.
R. 402. R. 403. R. 404. R. 405. R. 406. R. 407. R. 408.
R. 409. R. 410. R. 411. R. 412. R. 413. R. 414. R. 415.
R. 416. R. 417. R. 418. R. 419. R. 420. R. 421. R. 422.
R. 423. R. 424. R. 425. R. 426. R. 427. R. 428. R. 429.
R. 430. R. 431. R. 432. R. 433. R. 434. R. 435. R. 436.
R. 437. R. 438. R. 439. R. 440. R. 441. R. 442. R. 443.
R. 444. R. 445. R. 446. R. 447. R. 448. R. 449. R. 450.
R. 451. R. 452. R. 453. R. 454. R. 455. R. 456. R. 457.
R. 458. R. 459. R. 460. R. 461. R. 462. R. 463. R. 464.
R. 465. R. 466. R. 467. R. 468. R. 469. R. 470. R. 471.
R. 472. R. 473. R. 474. R. 475. R. 476. R. 477. R. 478.
R. 479. R. 480. R. 481. R. 482. R. 483. R. 484. R. 485.
R. 486. R. 487. R. 488. R. 489. R. 490. R. 491. R. 492.
R. 493. R. 494. R. 495. R. 496. R. 497. R. 498. R. 499.
R. 500. R. 501. R. 502. R. 503. R. 504. R. 505. R. 506.
R. 507. R. 508. R. 509. R. 510. R. 511. R. 512. R. 513.
R. 514. R. 515. R. 516. R. 517. R. 518. R. 519. R. 520.
R. 521. R. 522. R. 523. R. 524. R. 525. R. 526. R. 527.
R. 528. R. 529. R. 530. R. 531. R. 532. R. 533. R. 534.
R. 535. R. 536. R. 537. R. 538. R. 539. R. 540. R. 541.
R. 542. R. 543. R. 544. R. 545. R. 546. R. 547. R. 548.
R. 549. R. 550. R. 551. R. 552. R. 553. R. 554. R. 555.
R. 556. R. 557. R. 558. R. 559. R. 560. R. 561. R. 562.
R. 563. R. 564. R. 565. R. 566. R. 567. R. 568. R. 569.
R. 570. R. 571. R. 572. R. 573. R. 574. R. 575. R. 576.
R. 577. R. 578. R. 579. R. 580. R. 581. R. 582. R. 583.
R. 584. R. 585. R. 586. R. 587. R. 588. R. 589. R. 590.
R. 591. R. 592. R. 593. R. 594. R. 595. R. 596. R. 597.
R. 598. R. 599. R. 600. R. 601. R. 602. R. 603. R. 604.
R. 605. R. 606. R. 607. R. 608. R. 609. R. 610. R. 611.
R. 612. R. 613. R. 614. R. 615. R. 616. R. 617. R. 618.
R. 619. R. 620. R. 621. R. 622. R. 623. R. 624